

# Landesschülervertretung Landesvereinigung der Bayerischen Bezirksschülersprecher e.V.

Ulrich Kraus  
Geschäftsführer Finanzen  
Josef - Bechold - Straße 10  
97299 Zell am Main  
Telefon: 0931/461875  
Zell am Main, den 02.01.1996

## Schul- und bildungspolitische Positionen des Bayerischen Philologenverbandes Auswertung von Veröffentlichungen 1994 und 1995

Der Bayerische Philologenverband (BPV) ist mit mehr als 18.000 Mitgliedern die größte Organisation von Gymnasiallehrer/innen in Bayern.

Bei der Beurteilung seiner bildungspolitischen Arbeit muß man dies zuallererst bedenken: Der BPV ist eine Gewerkschaft (auch wenn er das aus ideologischen Gründen nicht gerne hören würde). Im Vordergrund allen Handelns des BPV steht deshalb die Sicherung der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder. Der BPV wird nie einer bildungspolitischen Position zustimmen, die diesen Interessen schadet. Auch eine Zusammenarbeit mit der LSV sucht der BPV nur da, wo er sich von der öffentlichen Unterstützung seiner Positionen durch Schülervertreter Argumentationsvorteile verspricht. Hierin unterscheidet er sich also nicht von allen anderen Gewerkschaften, Interessensgruppen und Parteien, die mit der LSV im Gespräch stehen.

### 1. Sparmaßnahmen, Planstellen, Schulzeitverkürzung

Als natürlich wichtigster Faden zieht sich durch die Öffentlichkeitsarbeit des BPV nicht nur die Warnung vor Sparmaßnahmen im Bildungswesen, sondern darüber hinaus die Forderung nach neuen Planstellen für Lehrer.

Wichtiger Punkt ist hierbei die Untersuchung des Gutachterinstitutes Kienbaum, die zum Ziel hatte, Sparmöglichkeiten in den Schulen zu ermitteln. Schon ein Jahr vor der Veröffentlichung im November 95 hatte sich der BPV auf diese Expertise eingeschossen: Es sei der Versuch, ohne Beachtung der Qualität des Bildungsangebotes zu beachten. „Schüler verkommen im Blickwinkel solcher Analysen zur Ware und der Lehrer wird zum `Stück´ Einrichtung, dessen `Stückkosten´ zu senken sind“ (PI 25.11.1994).

Dementsprechend werden auch die Empfehlungen des Institutes abgelehnt, z.B. eine Bündelung der Ausbildungsrichtungen oder eine Erhöhung der Mindestteilnehmerzahl im LK auf 10. Diese Positionen sind also durchaus im Interesse der LSV.

Wegen der weiter steigenden Schülerzahlen fordert der BPV mehrere Tausend zusätzliche Planstellen. Er weist vehement darauf hin, daß Bildungsinvestitionen Zukunftsinvestitionen sind, weil nur eine gut ausgebildete junge Generation Deutschlands wirtschaftliche Position halten kann.

Eine Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre lehnt der BPV strikt ab. Er weist darauf hin, daß das Durchschnittsalter der Abiturient/innen bei 19,7, das der Studienanfänger/innen bei 22,2 Jahre liege. Hauptgrund sei nicht Wehr- oder Zivildienst, sondern die Tatsache, daß ein großer Teil vor dem Studium eine Berufsausbildung macht, um die späteren Chancen zu verbessern. Die Wirtschaft sei also an dem von ihr beklagten hohen Alter der Absolvent/innen selbst schuld.

### 2. Abitur und Hochschulen

Unter dem Vorwurf, ihre Absolventen seien zu alt, stehen natürlich in erster Linie die Hochschulen. Diese neigen in der öffentlichen Diskussion dazu, die Schuld auf die Gymnasien zu schieben, die keine „Studierfähigkeit“ vermittelten (eine uralte Phrase übrigens, die Anfang der 70er Jahre zur Einführung der Kollegstufe geführt hat). Die Strategie des BPV ist es hier, mit den Unis gemeinsame Positionen zu entwickeln, um die Verantwortung an die Politiker weisen zu können.

Das Hauptproblem der Hochschulen ist aber die große Zahl von Studierenden, für die sie weder räumlich, noch personell, noch finanziell ausgestattet sind. Weil eine Verbesserung der Finanzen offensichtlich niemand durchsetzen kann, geht die Zielrichtung zur Verminderung der Studierendenzahl.

BPV und Universitäten fordern gemeinsam eine Oberstufenreform, die „Qualität und Vergleichbarkeit garantiert“. Dabei soll die Unterscheidung von Grund- und Leistungskursen aufgehoben werden (PI 6.7.95). Der BPV befürwortet ein Fünffächerabitur und begrüßt die sich in der Kultusministerkonferenz abzeichnende Einigung, daß Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache in der Oberstufe durchgehend belegt werden müssen (GIB 12/95). Die KMK denkt im Zusammenhang mit den fünf Abiturfächern über verschiedene Lösungen nach, weil eine Einigung hier wohl recht schwierig ist. Bayern hat hier im Dezember 95 einen Vorschlag eingebracht, bereits ab der Unterstufe „Neigungsprofile“ einzuführen, die dann in ein Lerngebiet einmünden, das wahlweise ein Fünftel der Gesamtpunktzahl des Abiturs ausmacht. Hier hat der BPV bereits Vorschläge zu konkreten Profilen gemacht (PI 12.12.95).

Bereits beim Schulübertritt von der Grundschule möchte der BPV die Schülerzahl verringern. Als gute Entscheidungskriterien sieht er dabei die Leistungen in Deutsch und Mathematik, die gut oder sehr gut sein sollen (PI 24.4.95). Die Vorschläge der „Rau - Kommission“ in Nordrhein - Westfalen, auch besonders gute berufliche Abschlüsse (Meisterprüfung) als Hochschulzugangsberechtigung anzuerkennen, lehnt der BPV ab (PI 01.12.95).

Im Zusammenhang mit der erneuten Wehrdienstverkürzung fordert der BPV aber auch von den Unis Flexibilität, um eine zügigere Ausbildung zu ermöglichen. So sollen Studiengänge bereits im Sommersemester begonnen werden können (PI 8.11.95).

### 3. Fortentwicklung des Bildungsangebotes

Grundsätzlich ist der BPV Befürworter des gegliederten Schulsystems und lehnt Gesamtschulen ab. Das steht auch in Einklang mit seinen Vorstellungen vom Gymnasium als Schule für besonders Begabte (s.o., Übertritt von der Grundschule).

Er befürwortet aber durchaus Schulversuche. Der Basis des gymnasialen Fächerkanons soll z.B. bleiben, der BPV will aber mehr fächerübergreifende Elemente ausprobieren. Im Vordergrund stehen dabei abgestimmter Unterricht, Projektunterricht mit kurzzeitiger Auflösung des herkömmlichen Unterrichtsprinzips und Studientage. Aufbauend auf dem „soliden Fundament“ der einzelnen Fächer soll dadurch das Denken in größeren Zusammenhängen bis hin zu Werterziehung, Menschenbild und Lebensordnung gefördert werden (PI 9.10.95). Klar ist, daß diese Vorstellungen auch als Argumente gegen jede Verkürzung des Gymnasiums oder Stellenstreichung dienen.

Der BPV meint, daß zu viel pädagogischer Freiraum durch die derzeitige „Dauerbenotung“ verloren geht. Derzeit müßte jeder Lehrer eines zweistündigen Faches in einer 30- Schüler- Klasse jährlich 120 Noten erstellen, die Hälfte davon mündlich. Für einen Schüler der 9. Klasse seien das 81 Bewertungen in 30 bis 35 Schulwochen. Ein freies pädagogisches Arbeiten sei dadurch unmöglich (PI 19.9.95).

### 4. Politische Position

Insgesamt ist der BPV konservativ und CSU - nah, auch wenn er die Politik der Staatsregierung entschieden bekämpft, wo er seine Interessen gefährdet sieht. Der Kultusminister ist selbst BPV - Mitglied.

Zum Kruzifix - Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat sich der BPV z.B. den Argumenten der CSU angeschlossen (Stichworte „Bayerische Tradition“, „Bayerische Verfassung“, „Schutz der Mehrheit vor der Minderheit“) (PI 11.8.95).

### 5. Nutzen für die LSV

Wie gezeigt, stimmen BPV - Positionen in vielen Fragen mit Schülerinteressen überein. Dort ist eine Zusammenarbeit sinnvoll, weil der BPV ein Partner ist, der in der Durchsetzung von Interessen viel Erfahrung hat. Wo keine Übereinstimmung besteht, müssen die BSSP das deutlich sagen, weil sich sonst in der Vergangenheit die Gefahr einer Vereinnahmung für Ziele des BPV in der Öffentlichkeitsarbeit gezeigt hat.

Der BPV hat einen großen Informationsvorsprung, den die LSV nutzen kann.